Freie Wähler Tettnang e.V. / FDP
Peter Gaissmaier

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrte Bürgermeisterin Rist,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kollegin und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

die Überschrift meiner Haushaltsrede 2023 war: „Es darf kein weiter so geben!“. Sie bezog sich auf ein Positionspapier des Baden-Württembergischen Gemeindetags. Die vergangenes Jahr angesprochenen Fehlentwicklungen sind aber leider nicht besser, sondern schlechter geworden. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung sind dramatisch. Und so werde ich das ein oder andere Mal auf meine Ausführungen von 2023 zurückkommen müssen.
Der Bund, das Land, aber im Besonderen auch die Stadt Tettnang nimmt aktuell, das heißt im Jahr 2023 und geplant im Jahr 2024, in absoluten Zahlen so viel Steuern ein wie noch nie zuvor! Und trotz dieser Tatsache ist der geplante Verlust im Haushaltsentwurf mit rund 4 Mio. € so hoch wie noch nie. Wie kann das sein? Was läuft hier schief?

Aufgaben und Ausgaben entwickeln sich exponenziell, jeder der sich mit dem Thema der kommunalen Finanzen beschäftigt, fragt sich, wie soll das weiter gehen? Die Stadt Tettnang ist in der glücklichen und nicht zufälligen Lage, dass sie finanziell gut aufgestellt ist, weil sie in erster Linie über ein sehr hohes Gewebesteueraufkommen verfügt und in der Vergangenheit seriös gewirtschaftet hat. So sind in den letzten Jahren Reserven entstanden. Die Verwaltung schlägt im Haushaltsentwurf vor, diese Reserven nun zu nutzen, um die Haushaltslücken der kommenden Jahre im Ergebnishaushalt auszugleichen. Ein Vorgehen, dass vor wenigen Jahren von der Aufsichtsbehörde noch nicht akzeptiert wurde, inzwischen aber zugelassen wird, weil sonst selbst wohlhabende Kommunen nicht mehr in der Lage sind, einen genehmigungsfähigen Haushalt darzustellen. Die entscheidende Frage ist aber, ist es richtig und vor allem sinnvoll, die strukturellen Defizite aus dem laufenden Haushalt mit Rücklagen auszugleichen? Rücklagen, die wir für wichtige Zukunftsinvestitionen bräuchten!
Die Antwort ist für mich eindeutig, sie heißt: nein!

Und um es an dieser Stelle vorweg zu nehmen, der Forderung nach Erhöhung der Hebesätze, also weitere Steuererhöhungen, ist eine klare Absage zu erteilen. Wie bereits erwähnt, verfügen wir über Rekordeinnahmen! Es werden so viel Steuern bezahlt wie noch nie zuvor! Mit jedem zusätzlich eingenommenen Euro steigen die Begehrlichkeiten der öffentlichen Hand! Warum kann der Haushalt trotz der Rekordeinnahmen nicht mehr ausgeglichen werden?
Diese Frage ist, wie so oft, nicht eindeutig und vor allem nicht einfach zu beantworten. Wir sehen hier im Westlichen drei Problemfelder:

1. ungerechtes bzw. falsches Umlagen- und Abgabensystem zum Nachteil der Kommunen
2. nicht gegenfinanzierte Versprechen der Bundes- und Landespolitik, hier aktuell im Wesentlichen die Ganztagsbetreuung Grundschule
3. der wohl gewichtigste Punkt, da er in allen Bereichen große Bedeutung hat, ist die immer weiter ausufernde und ressourcenbindende Bürokratie und Aufgabenerweiterung.

Zu den Problemfeldern im Einzelnen:
Die Stadt Tettnang erhält für das Jahr 2024 Zuweisungen von ca. 15,5 Mio. €, das entspricht etwa 21 % der Einnahmen. Auf der anderen Seite sind Transferzahlungen von ca. 31,3 Mio. € fällig. Das entspricht rund 41 % der Aufwendungen und ist damit der größte Ausgabenposten im Haushalt. Tettnang ist als Kommune also ein Nettozahler, der im Haushalt 2024 rund 15,8 Mio. € im Wesentlichen an den Finanzausgleich und den Landkreis zu zahlen hat. Nicht unerwähnt

sollte hier bleiben, dass der Landkreistag die Kreisumlage für 2024 um einen weiteren Prozentpunkt angehoben hat, was direkt mit rund 400.000 € zu Buche schlägt. Diese Nettoabgaben erhöhen sich aufgrund guter und solider Haushaltspolitik und guter Steuereinnahmen der Stadt Tettnang in den vergangenen Jahren im aktuellen Haushalt um ca. 3,3 Mio. €!

Lassen Sie mich nur ein Beispiel zur Ungerechtigkeit der Zuweisungen machen: Baut die Stadt Tettnang einen Kindergarten, so erhält sie erst nach zwei Jahren Zuschüsse für diesen Kindergarten. Warum das so ist, konnte mir noch niemand plausibel erklären. Anträge und Förderungen werden immer komplizierter, eine Beantragung wird immer aufwändiger und zum Teil ist sie nur noch mit externer fachlicher Hilfe machbar. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Verlässlichkeit zum Erhalt von Förderungen unsicherer wird. Programme werden mit fixen Beträgen ausgelobt und im sogenannten Windhundverfahren ausgegeben. Mit der Verlässlichkeit und Planbarkeit staatlicher Förderungen, haben ja leider auch viele Bürger in der jüngeren Vergangenheit ihre Erfahrungen machen müssen.

Kommen wir zu politischen Versprechen, die die Kommunen auszubaden haben. Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen, dass klingt gut und war auch schnell versprochen und in ein Gesetz gegossen, allein ein ordentliches Finanzierungskonzept dafür gibt es bis heute nicht. Die Kommunen werden es schon irgendwie richten. Im Haushaltsplan der Stadt sind aktuell auch nur Investitionskosten für dieses Thema hinterlegt, laufende Kosten, wie vor allem Personalkosten, sind in der mittelfristigen Planung noch gar nicht berücksichtigt, da diese heute noch nicht absehbar sind. Ob Kosten über die Schulen und damit das Land abgewickelt werden oder durch kommunal organisierte Betretung hängt von Konzepten ab, die noch zu erarbeiten und von der Schulbehörde zu genehmigen sind. Eine seriöse Aussage kann hier noch niemand treffen – wie soll unter solchen Bedingungen eine fundierte Haushaltsplanung in den Kommunen erfolgen?

Vor dem Hintergrund dieser geradezu dilettantischen Vorgehensweise des Gesetzgebers, sollte unserer Meinung nach die Umsetzung durch die Kommunen solange verweigert werden, bis klare Strukturen und Finanzierungsmodelle auf dem Tisch liegen. Jetzt höre ich schon den Einwand der Verwaltung und von Teilen des Gremiums, es handele sich hier um Pflichtaufgaben und man könne hier eh nichts ändern. Meine Damen und Herren, dass sehe ich ganz anders, als gewählte Vertreter der Bürgerschaft ist es unsere Pflicht, beim Erkennen solch grundsätzlicher Fehlentwicklungen einzuschreiten und mindestens laut darauf aufmerksam zu machen.

Ich kann und will einer Entwicklung, die mittelfristig nicht funktioniert, schon heute nicht zustimmen, auch nicht, wenn es rechtsaufsichtlich gerade noch möglich wäre. Das Dilemma dabei ist, dass unsere Verwaltung für die Umstände nicht im Wesentlichen verantwortlich zeichnet, ein Ablehnen oder Blockieren des Haushaltes fällt aber Verwaltung, Gemeinderat und Bürgern auf die Füße.

Noch ein paar Worte zum Thema Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistung. Natürlich ist mir bekannt, dass es rechtlich betrachtet eine klare Trennung gibt, aber ist es nicht unsere ureigenste Aufgabe als Gemeinderat, eine Basis für ein gutes gesellschaftliches Miteinander zu gewährleisten? Und dazu gehören eben auch sogenannte Freiwilligkeitsleistungen wie Sport, Musik, Kultur und vieles mehr. Und das hat der Tettnanger Gemeinderat in der Vergangenheit im Wesentlichen mit Augenmaß gut gemacht. Sollen jetzt jahrzehntelange sinnvolle und wichtige gesellschaftliche Einrichtungen zurückgefahren werden, um politische, bürokratische Fehlentwicklungen zu finanzieren? Was hätte das für langfristig Auswirkungen?

Betrachten wir nun die Personalkosten, mit geplanten 22,1 Mio.€ zweitgrößter Ausgabenblock im Haushalt. Darin enthalten eine weitere Erhöhung um rund 1,6 Mio.€. Dazu kommt der Antrag der Verwaltung fünf neue Stellen, im Umfang von rund 300.000 € pro Jahr zu schaffen. Wir

haben damit in zehn Jahren eine mehr als Verdopplung der Personalkosten erreicht! Hat sich in dieser Zeit die Einwohnerzahl verdoppelt oder eine andere relevante Messgröße vergleichbar geändert? Ganz offensichtlich nicht! Natürlich stecken in dieser Entwicklung 30-40% Lohnsteigerungen in zehn Jahren, wie in fast allen Lebensbereichen. Bleiben aber immer noch 60-70% Steigerung. Ausweitungen von Kinderbetreuungsangeboten, Erhöhung von Personalschlüsseln und eine Vielzahl von neuen und zusätzlichen Verwaltungsaufgaben führen zur ständigen Ausweitung des Stellenplans.

Bleiben wir beim Beispiel Kinderbetreuung: eine Erzieherin muss heute erheblich mehr bürokratische Aufgaben erledigen als vor zehn Jahren, die sogenannte „Zeit am Kind“ wird immer geringer, folglich werden immer mehr Erziehrinnen und Erzieher gebraucht, deren fachlicher Einsatz zu erheblichen Teilen für Bürokratie verloren geht. Die im Rat kürzlich ins Spiel gebrachte Idee, dafür jemanden in der Verwaltung einzustellen um die Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten, treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. Bürokratie mit Bürokratie zu bekämpfen, ich kann es nicht fassen! Es gibt hier nur einen Lösungsansatz, der zielführend ist, nämlich das Problem an der Wurzel zu packen, also die ausufernde Bürokratie in diesem und vielen anderen Bereichen massiv einzudämmen. In unserer „es muss alles zu 100% reguliert, dokumentiert und kontrolliert werden Welt“, brauchen wir eine radikale Kehrtwende.

Noch ein Beispiel, von vielen: Eine Baugenehmigung für ein Wohnhaus fand vor zehn Jahren in einem eigens dafür vorgesehenen Schnellhefter Platz, heute reicht für ein vergleichbares Vorhaben in der Regel noch nicht einmal mehr ein Leitzordner aus, das treibt die Baukosten in die Höhe und der Genehmigungsaufwand in der Verwaltung steigt entsprechend. In der Sitzung vom 31.01.2024 haben wir den Bericht zu unserem Klimaschutzkonzept gehört. Ich habe den Eindruck, dieses Projekt besteht aus 95 % Bürokratie: Ist-Analysen, Akteurs-Analysen, Potenzialanalyse, Retroperspektiven, Kommunikationsstrategien, Berechnung von Szenarien, und vieles mehr. Ob es dem Klima hilft? Ich habe da so meine Zweifel. Auf jeden Fall verbraucht es erhebliche personelle Ressourcen. Widersprechen tut bei solchen Projekten niemand, jeder will ja das Klima schützen, aber es muss doch Aufwand und Ergebnis in sinnvollem Verhältnis stehen.

Die Regel- und Kontrollwut hat inzwischen ein Maß überschritten, dass wir nicht mehr kontrollieren können. Und obwohl seit einiger Zeit alle vom Bürokratieabbau sprechen, passiert wenig. Es ist aus meiner Sicht auch wenig zielführend, die Betroffenen, also die Verwaltungen selbst, mit der Reduzierung ihrer eigenen Aufgaben zu betrauen. Und genau hier liegt unter anderem die Verantwortung in unseren Gemeinderäten, solchen Fehlentwicklungen entschlossen entgegen zu treten und auch mal nein zu sagen. Es ist langfristig niemandem geholfen, aus falsch verstandener Solidarität der Verwaltung gegenüber, jeglicher beantragter Stellenmehrung zuzustimmen. Weil aber auch wir um die realen Nöte unserer Verwaltung wissen, verweigern wir uns nicht komplett und stimmen entsprechend der Abstimmung im Verwaltungsausschuss 2,5 neuen Stellen im Haushalt zu.

Aktuell ist die „große Politik“ von der Lebenswirklichkeit der normalen Bevölkerung so weit entfernt wie noch nie. Und dabei spielt es so gut wie keine Rolle, ob dies aus Sicht der Bürger objektiv oder subjektiv der Fall ist. Die Unzufriedenheit in vielen Teilen der Gesellschaft und in vielen Branchen ist hoch! Die Kommunen sind der Teil des Staates, in dem Politik unmittelbar auf den Bürger trifft, deshalb kommt den Gemeinderäten in solchen Zeiten eine zusätzliche, besondere Verantwortung zu. Politik muss wieder vorausschauend und verlässlich werden. Die staatliche Leistungsfähigkeit ist auch in einem reichen Land wie Deutschland begrenzt. Hier wiederhole ich die Aussagen meiner letztjährigen Haushaltsrede: Der allfürsorgende Staat muss sich reduzieren. Die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger wird wieder mehr an Bedeutung gewinnen müssen.

Doch zurück zum konkreten Haushaltsentwurf 2024:

Eine Unterdeckung von knapp 4 Mio.€ im Ergebnishaushalt, davon alleine 3,3 Mio.€ durch die Erhöhung der Umlagen, dass ist mit Sparen nicht auszugleichen! Natürlich ist eine Optimierung der Haushaltsansätze geboten und wir gehen bei den gefundenen Kompromissen aus den Vorberatungen mit, zu den einzelnen Positionen verweise ich auf unsere Listen aus dem Verwaltungsausschuss und verzichte diese nochmal einzeln vorzutragen. Am Ende bleibt es bei einer riesigen Lücke im Ergebnishaushalt, die inakzeptabel ist, weil sie eben strukturell bedingt ist. In den Projektlisten gibt es kaum Spielraum, da nahezu alle großen Projekte bereits beschlossen sind und eine Umsetzung alternativlos. Hier nur ein paar Beispiele: die neue Sporthalle, der Digitalpakt Schulen, Brandschutzmaßnahmen an der Realschule, Ausbau Kindergarten Krumbach, neues Feuerwehrfahrzeug, Ausbau der PV-Anlagen und viele andere wichtige und sinnvolle Projekte.

Schauen wir doch bei unseren Nachbarkommunen, z.B. in Meckenbeuren, wie man der Berichterstattung der SZ vom 27.01.24 entnehmen konnte, genau dasselbe Bild. Unsere Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, weil wir die grundlegenden Probleme nicht selbst und kurzfristig lösen können und eine etwaige Blockade des Haushalts, den wir aufgrund unserer guten Rücklangen zumindest genehmigungsfähig haben, für unsere Stadt, d.h. für Bürger, Gemeinderat und Verwaltung von noch größerem Nachteil wären. Eine Ablehnung macht nach Überzeugung unserer Fraktion auch nur Sinn, wenn es eine gangbare Alternative gäbe, die wir aktuell auch nicht sehen.

Als fatal haben Sie, Frau Bürgermeisterin Rist, das Ablehnen des Haushaltes in einer Vorberatung bezeichnet, die Konsequenzen, und da gebe ich Ihnen Recht, wären erheblich zum Nachteil unserer Stadt. Aber fatal sind auch die Konsequenzen aus der mittelfristigen Planung, die so nie Realität werden dürfen und hier ist ein Gegensteuern, so früh wie möglich geboten! Wir müssen an die Problemfelder ran, auch Pflichtaufgaben müssen aktiv in Frage gestellt werden, die Kommune als letzte in der Reihe der politischen Verantwortlichkeit muss Widerstand bieten, wenn Aufgaben nicht leistbar sind. Das ist unsere Verantwortung!

Bitte lassen sie uns das nicht nur heute bei der Haushaltsberatung beklagen, sondern als Überschrift für die kommenden Monate und Jahre in unserem politischen Handeln. Es ist niemandem geholfen, wenn wir als Kommune unsere Handlungsfähigkeit verlieren und ohne massive Änderungen wird dies schnell der Fall sein. Zum Schluss darf ich mich noch bedanken, an aller erster Stelle bei allen Steuerzahlern, eine besondere Position nehmen hier im kommunalen Haushalt die Gewerbesteuerzahler ein, ohne Ihre Leistungsfähigkeit wäre unser Haushalt überhaupt nicht denkbar – vielen Dank! Vielen Dank auch an alle Ehrenamtlichen, die unsere Stadt am Laufen halten! Ein ganz besonderer Dank gilt unserer Verwaltung, beim Haushalt betrifft dies im Besonderen die Kämmerei, die in diesen finanziell schwierigen Zeiten keine leichte Aufgabe zu bewältigen hat – auch dafür vielen Dank!
Ich danke Ihnen für ihre geduldige Aufmerksamkeit und schließe nochmals mit dem Zitat des Gemeindetages: „Es darf kein weiter so geben!“
Vielen Dank!